

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Neunkirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Verlagspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verlagspreis: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., dreiseitige Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 259

Freitag, den 4. November 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Reichstagskanzler v. Papen spricht heute Freitag von 20 Uhr bis 20,15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle Sender zur Lage.

Im Berliner Verkehrsstreik wurde Donnerstagabend ein Schiedspruch gefällt, der vom Schlichter für verbindlich erklärt worden ist. Trotzdem will die Streikleitung den Streik fortsetzen. Die Polizei hat gestern 105 Streikposten festgenommen.

Die Berliner Verkehrsarbeiter haben den Schiedspruch durch Säulenanschlag bekämpft und den Arbeitern eine Frist bis 2 Uhr nachmittags zum Erscheinen auf der Arbeitsstätte gegeben.

Die Berliner Bezirksleitung der Industrie-Gruppe, Gemeinde und Verkehr wurde Donnerstagabend festgenommen, weil sie einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ansetzen wollte.

Bei einem Zusammenstoß streikender Verkehrsarbeiter vor einem Betriebsbahnhof in Berlin-Schöneberg mit der Polizei wurde eine Person gefoltert, eine weitere schwer verletzt.

In den nächsten Tagen wird eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über Änderungen in der Wohlfahrtsversicherungsjahresfolge erlassen.

Die Beschlußfassung über die Festsetzung autonomer Kontingente ist vom Reichskabinett nochmals verlagert worden. Es soll erst eine eingehende Prüfung der gesamten Materie vorgenommen werden.

Die gestrige Verhandlung vor dem Marinestriegsgericht wegen des Untergangs des Schiffs „Mlobe“ endete mit dem Freispruch des Kommandanten der „Mlobe“, Kapitänleutnant Ruffsch.

Die Reuter mittelt, wird die englische Regierung nunmehr nach Beendigung der Ottawa-Konferenz mit Deutschland, den drei skandinavischen Staaten und mit Argentinien in Verhandlungen eintreten, um neue Grundlagen für den Handel zu beraten.

Die Opernsängerin Gertrud Biedermeier, die vor kurzem von ihrem Mann, dem Danke Hinge, nach einer Aufführung in der Sächsischen Oper in Berlin durch einen Revolverbeschuss schwer verletzt worden war, ist Donnerstagnachmittag an Embolie gestorben.

Ein nationalsozialistisches Werbeplakat wurde auf dem Rückzuge von Friedrichshafen nach München von einem heftigen Schneesturm an einen Fabrikschornstein geschnitten und stürzte ab. Die beiden Inassen wurden schwer verletzt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

opposition gefaßt worden. Diesem Beschluß haben sich dann die Nationalsozialisten, die nicht gerade stark an der Belegschaft der Berliner Verkehrsmittel beteiligt sind, ebenfalls angeschlossen. Ohne Zweifel handelt es sich hier um gewisse politische Zwangslagen, die für den Zustand der sozialen Entwicklung außerordentlich bezeichnend sind, wie er jetzt in Deutschland besteht.

Diese Kennzeichen verdienen die ernsthafteste Beachtung. Vor allem ist festzustellen, daß dieser große Streik in einer Zeit möglich war, wo mehr als 6 Millionen Menschen erwerbslos sind. Die soziale Kampftrakt der Massen ist also unzweifelhaft im Wachsen. Vor drei, vier Monaten hätte noch niemand geglaubt, daß eine Streikparole so zündend wirken könne. Die Probe auf das Exempel ist jetzt gemacht. Und dieses Exempel lautet: Generalstreik. Die Folge des großen Berliner Verkehrsstreikes wird sein, daß das Vertrauen zu der großen Masse sozialistischer Politik, dem Generalstreik, den man als unmöglich erachtete, wieder zurückkehrt. Die politischen Folgen einer solchen Entwicklung sind, wenn man die Dinge weiter so laufen läßt wie bisher, gar nicht abzusehen. Ferner ist kennzeichnend, daß es sich bei einem Streik von diesen Ausmaßen und dieser demonstrativ politischen Bedeutung um einen wilden Streik handelt. Es hat wohl in der Streikgeschichte der letzten Jahre noch nie einen so großen wilden Streik gegeben. Die Gewerkschaften haben sich gegen den Streik ausgesprochen. Für sie bedeutet er eine schwere Niederlage. Denn Sieger ist die kommunistische Gewerkschaftsorganisation, die hier seit ihrem Bestehen den größten Erfolg zu buchen hat. Anders ausgedrückt: Die Gewerkschaften werden als ein Instrument, das dazu dient, die sozialen Kämpfe in geordneten Bahnen zu halten, außerordentlich geschwächt. Sie verlieren für die Regelung und Beseitigung der sozialen Spannungen an Wert und damit geraten diese sozialen Spannungen aus einem — wie das kommunistische Fach-

wort heißt — „vorrevolutionären“ Stadium in ein revolutionäres. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine Konkurrenz der radikalen Parteien von links und rechts, welche hauptsächlich den Kampf um die Seele des Arbeiters ausfechten. Man kann sich für die Regierenden in Deutschland im Hinblick auf dieses zweite Rotwinter keine ernsthaftere Warnung denken. Man glaube nur ja nicht, daß den Nationalsozialisten ihre bei der Entstehung des Streikes gezeigte „Klassenkämpferische“ Haltung bei den Wahlen viel Abbruch tun wird. Selbst wenn es so wäre, bleibt es für die Regierung außerordentlich bedenklich, daß die bürgerlichen Massen durch diese chaotischen Zustände an die schrecklichen Zeiten der Revolution und der Inflation erinnert werden. Hinzu kommt, daß sich der Streik kaum wird mit einer leichten Handbewegung erledigen lassen, da nach der Ausschaltung der Gewerkschaften die Möglichkeiten für eine Besetzung außerordentlich gering sind. Besonders aber wird das Ansehen der Regierung leiden, wenn es ihr nicht gelingt, sobald als möglich einen Notverkehr einzurichten. Sie muß nicht nur fliegen, sie muß vor allem schnell fliegen.

Berlin, 4. Nov. In der gestrigen Abstimmung haben von den 21 902 Beschäftigten 14 471 für den Streik und gegen die Lohnkürzung gestimmt. Das ist keine Zweidrittelmehrheit. Die kommunistische und nationalsozialistische Gruppe stellte sich aber auf den Standpunkt, daß der Streik beschloffen sei, weil nur 18 537 Personen an der Abstimmung überhaupt teilgenommen hätten. Es wurde nunmehr der wilde Streik beschloffen, der von der Gewerkschaft nicht gebilligt wurde.

Im Laufe des Vormittags haben bei der BVG. bereits Besprechungen des Aufsichtsrates mit den Gewerkschaften begonnen; einen Teilverkehr einzurichten. Zwei wichtige Straßenbahnlinien sind schließlich unter postheftigem Schutz wieder in Verkehr gesetzt worden.

Schiedspruch und Verbindlichkeitserklärung.

Die Streikleitung will den Streik trotzdem fortsetzen.

omb. Berlin, 3. November. Im Berliner Verkehrsstreik wurde heute Abend ein Schiedspruch gefällt, nach dem der Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert wird. Das Lohnabkommen wird verlängert mit der Maßgabe, daß ab 1. November bei den Eöhnen sämtlicher Gruppen mit Ausnahme der der Fahrkartenausgeberinnen eine Kürzung von 2 1/2 je Stunde eintritt. Das Lohnabkommen ist mit monatlicher Frist kündbar.

Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedspruch ab, während die BVG. Vertreter die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches beantragten.

Daraufhin hat der Schlichter für den Bezirk Brandenburg nach fast zweitägiger Sitzung den Schiedspruch für verbindlich erklärt, weil die gegenseitigen Voraussetzungen vorliegen. Die im Schiedspruch vorgeschlagene Regelung entspreche daher bei gerechter Abwägung der Interessen beider Vertragsparteien der Billigkeit.

Der BVG. wird heute Nacht noch alle Mittel in Bewegung setzen, um im Laufe des morgigen Tages den Verkehr auf sämtlichen drei Verkehrsmitteln wieder aufnehmen zu können. Die Arbeitnehmer, die bis 14 Uhr sich auf ihren Dienststellen nicht eingefunden haben, sollen fristlos entlassen werden.

Trotzdem Fortsetzung des Streiks.

omb. Berlin, 4. November. (Draht.) Von einer Stelle, die sich als zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter bezeichnet, wurde gegen Mitternacht den Redaktionen eine Erklärung zugeleitet, wonach sich an den Beschloffen der Streikleitung durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches nichts ändere; der Streik werde fortgesetzt.

Die Streikenden haben Frist bis 2 Uhr nachmittags.

wib. Berlin, 4. November. (Draht.) Da der Schiedspruch und die Verbindlichkeitserklärung des Schlichters im Streik des Personals der Berliner Verkehrs-Gesellschaft heute früh noch nicht allgemein bekannt war, ist die Arbeiterschaft der BVG. noch nicht in den Bahnhöfen erschienen. Die BVG. hat jedoch durch Säulenanschlag den Wortlaut des gestrigen Schiedspruches bekanntgegeben und den Arbeitern eine Frist bis 2 Uhr nachmittags zum Erscheinen auf der Arbeitsstätte gesetzt. Falls im Laufe des Vormittags durch das Bekanntwerden des Schiedspruches eine genügende Anzahl BVG.-Arbeiter und Angestellte im Betrieb erschienen, kann schon am Vormittag mit einer teilweisen Wiederaufnahme des Verkehrs gerechnet werden. Die BVG.-Leitung wartet die Wirkung ihres Säulenanschlags ab.

Auch die lebenswichtigsten Betriebe will man stilllegen.

Wasser, Gas und Elektrizität.

wib. Berlin, 4. November. Im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei der BVG. nahm die Polizei am Donnerstagsabend die Berliner Bezirksleitung der RGO. (Industrie-Gruppe, Gemeinde und Verkehr) fest. Die Mitglieder dieser Gruppe befanden sich in einer Versammlung, die den Zweck hatte, einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke anzuzetteln. Insgesamt wurden 52 Funktionäre festgenommen.

Aufruf der Nationalsozialisten.

Berlin, 3. November. Die nationalsozialistische Betriebszellenabteilung Gau Groß-Berlin hat folgenden Aufruf erlassen: Arbeitnehmer der BVG! Die am 2. November stattgefundenen Urabstimmung des Personals der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat in einer überwältigenden Mehrheit den Streik gegen den neuen Lohnabbau beschloffen. Die Direktion der BVG. versucht, durch diesen Vohrraub für wenige Wochen ihre Geldsorgen loszuwerden. Sie will, wie schon öfters, die früheren Schulden und die Mißwirtschaft des ehemaligen sozialdemokratischen Aufsichtsratsvorsitzenden Reuter und seines Parteifreundes Brolat auf Kosten der Arbeitnehmer zu einem Teil wiedergutmachen. Darüber hinaus wird der Streik der BVG.-Bediensteten von nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen als wirtschaftlich berechtigt anerkannt. Es muß endlich einmal ein Schluß gemacht werden mit der ewigen Lohnkürzerei. Auch die öffentliche Meinung der Berliner Bevölkerung ist für die im Streik stehenden BVG. Dieser Verkehrsstreik in Berlin dürfte nicht der Schluß, sondern wahrscheinlich die Veranlassung zu größeren Streikaktionen für die nächste Zeit sein. Der Streik der Arbeitnehmer der BVG. hat seine sittliche und moralische Berechtigung. BVG. Eine einheitlich geschlossene wirtschaftliche Front aller bei der BVG. Schaffenden muß gebildet werden. Hoch die Fahne des deutschen Sozialismus für den freien Staat der deutschen Arbeiter!

Zusammenstoß vor einem Straßenbahnhof in Berlin. — Ein Toter.

omb. Berlin, 4. November. (Draht.) Vor einem Betriebsbahnhof in Berlin-Schöneberg kam es heute Morgen zu Zusammenstößen streikender BVG.-Arbeiter, die die Polizei auseinanderzutreiben versuchte. Die Beamten wurden tätlich angegriffen und davon bedroht, daß sie von ihrer

Der wilde Verkehrsstreik in Berlin.

Eine bedenkliche politische Demonstration.

In einer kommunistischen Versammlung in Paris rühmte sich kürzlich der Führer der deutschen Kommunisten, Thälmann, seine Partei habe im Laufe des letzten Jahres nicht weniger als 400 kleinere Streiks mit Erfolg durchzuführen. Jetzt ist ihnen mit der Rahmlegung des gesamten Berliner Verkehrs der große Schlag geglikt. Drei Tage vor der Reichstagswahl! Eine bessere, größere und tiefer wirkende Propaganda konnten sich die Kommunisten gar nicht wünschen, die schon seit längerer Zeit nicht ohne einen gewissen Reib auf den von den englischen Kommunisten inszenierten großen Hungermarsch nach London blühten. Wenn es den in diesen Tagen ans Licht gezogenen Umstrukturierungsplänen der Kommunisten nach den Wahlen, die in der Art des berühmten „Borghemer Dokumentes“ Deutschland an kommunistische Sieger aufteilen, an Beweisskraft mangelte, so steht der über Nacht hereingebrochene Berliner Riesenstreik als eine klare und gewichtige Tatsache jetzt vor aller Augen.

Es hat den Anschein, als ginge es vornehmlich um eine Lohnauseinanderlegung. Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (B. V. G.) hatte vor längerer Zeit den Gewerkschaften eine Kürzung des Lohnes um 20 Proz. vorgeschlagen, weil sie sonst eine Menge Angestellter entlassen müßte. Die Gewerkschaften bekämpften diesen Vorschlag mit Erfolg und führten schließlich über eine Verringerung des Stundenlohns um 2 Pfennig eine Urabstimmung herbei. Von 21 602 Betroffenen beteiligten sich 18 537 an der Abstimmung. 14 771 stimmten für den Streik. 130 Stimmen fehlten so für die statutengemäß notwendige Zweidrittelmehrheit. Die Gewerkschaften sind also formell im Recht, wenn sie den Streik nicht anerkennen. Im ganzen ging es aber wohl denen, die für den Streik stimmten, weniger um die 2 Pfennige, die am Stundenlohn gekürzt werden sollen, als um die immer noch nicht ganz beseitigte Gefahr, daß in absehbarer Zeit die ursprünglich beabsichtigte Kürzung der Löhne um 20 Proz. doch noch kommen würde. Aber auch das ist nicht die alleinige Ursache des Streiks. Es hat nur mitgewirkt, den kommunistischen Agitatoren ihre Arbeit zu erleichtern. Der eigentliche Streikbeschluß ist nämlich nach der Urabstimmung in einer Versammlung der kommunistischen Gewerkschafts-